



Innenausschuss

19. Sitzung (öffentlich)

14. Dezember 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:35 Uhr

Vorsitz: Winfried Schittges (CDU)

Protokollerstellung: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Aktuelle Viertelstunde

1

Thema: „**Gesetzliche Grundlage für Mehrarbeit der Feuerwehrleute in NRW**“

auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Innenminister Dr. Ingo Wolf entgegen und führt darüber eine Aussprache.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen stimmt der Ausschuss dem geänderten Gesetzentwurf der Landesregierung zu.

7 Zukunft für die Demokratie - Kinder und Jugendliche stärker beteiligen 20

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2871

Abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion sowie gegen die Stimme der Grünen-Fraktion empfiehlt der - mitberatende - Innenausschuss dem - federführenden - Ausschuss für Generationen, Familie und Integration, den Antrag abzulehnen.

8 Gesundheit stärken - Nichtraucherchutz verbessern und Prävention der Nikotinabhängigkeit ausbauen 20

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2877

Abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum

Der Ausschuss vertagt die Beratung über den Antrag.

9 Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften über die Organisation der Polizei 21

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3018

Verfahrensabsprache

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung. Über den Termin soll in der nächsten Sprecherrunde eine Entscheidung getroffen werden.

10 Sachstand zu den Erkenntnissen und Hintergründen der sog. Kofferbomben am 31. Juli 2006 21

Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch einen Vertreter des Innenministeriums entgegen.

11 Die Polizei macht blau 22

Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Staatssekretär Karl Peter Brendel (IM) entgegen und führt darüber eine Aussprache.

12 Verschiedenes 24

Der Ausschuss verständigt sich darauf, in der nächsten Sprecherrunde eine Entscheidung über die Teilnahme an einer Anhörung des Hauptausschusses zum Thema „Radiofrequenzidentifikation“ teilzunehmen.

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Staatssekretär Karl Peter Brendel (IM) über den aktuellen Sachstand zum Digitalfunk entgegen.

Theo Kruse (CDU) beantragt, den Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben. - **Monika Düker (GRÜNE)** ist damit einverstanden.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, den Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

6 Erstes Gesetz zum Bürokratieabbau (Bürokratieabbaugesetz I)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2242
Ausschussprotokoll 14/312

Abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum

Vorsitzender Winfried Schittges teilt mit, der Gesetzentwurf der Landesregierung sei am 31. August 2006 durch das Plenum zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform sowie zur Mitberatung unter anderem an den Innenausschuss überwiesen worden. Der federführende Ausschuss habe am 29. November 2006 eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchgeführt, an der der Innenausschuss nachrichtlich beteiligt gewesen sei. Das Ausschussprotokoll 14/312 liege dazu noch nicht vor. Zu dem Gesetzentwurf gebe es einen Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP, der bei der Anhörung mitberaten worden sei.

Monika Düker (GRÜNE) führt aus, nach Auffassung ihrer Fraktion werde der Wegfall des Widerspruchsverfahrens zwar zu weniger Aufwand in den Behörden, aber zu mehr Verfahren bei den Gerichten führen. Darüber hinaus habe ein Widerspruchsverfahren stets große Befriedigungseffekte gehabt. In diesem Zusammenhang verweise sie auf entsprechende Zahlen aus dem Lande Niedersachsen, in dem bereits vor einiger Zeit das Widerspruchsverfahren abgeschafft worden sei. Insofern werde dieses Gesetz nicht zu einem Bürokratieabbau führen. Die Abgeordnete kündigt an, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Gerd Stüttgen (SPD) schließt sich den Ausführungen der Abgeordneten Monika Düker (GRÜNE) an. Die hohe Qualität nordrhein-westfälischen Verwaltungshandelns sollte nicht auf dem Altar eines scheinbaren Bürokratieabbaus geopfert werden. Er habe Zweifel, dass eine Abschaffung des Widerspruchsverfahrens zu einer Effizienzsteigerung der Verwaltung führe, sondern das Gegenteil werde der Fall sein. Die finanziellen Aufwendungen dadurch, dass Bürgerinnen und Bürger direkt vor das Verwaltungsgericht ziehen müssten, würden deutlich höher sein als gegenwärtig.

Selbstverständlich werde es zukünftig mehr Klagen geben, da die Befriedungsfunktion des Widerspruchsverfahrens nicht mehr gegeben sei. Justizministerin Frau Müller-Piepenkötter habe ja bereits eingeräumt, dass dieses Gesetz möglicherweise dazu führen werde, dass mehr Richterstellen benötigt würden.

Darüber hinaus würde dieses Gesetz Mehrkosten für den Bürger bedeuten, da es natürlich vor Gericht eines Anwalts bedürfe.

Des Weiteren gingen die Selbstkontrolle der Verwaltung sowie die Zweckmäßigkeit, die durch eine Widerspruchsbehörde im Verwaltungsverfahren geprüft werden könne, verloren.

Auch die Verfahrensdauer werde sich durch ein solches Gesetz nicht verkürzen. Tatsache sei, dass Widerspruchsverfahren in aller Regel relativ zeitnah abgehandelt würden und eine lange Verfahrensdauer gerade dadurch entstehe, dass Verwaltungsgerichtsverfahren eine gewisse Zeit bräuchten.

Es sei auch nicht bürgerfreundlich, wenn dem Bürger die Möglichkeit genommen werde, seine Einwände gegenüber der Verwaltungsbehörde vorzubringen, sondern wenn sie gleich vor Gericht ziehen müssten.

Seine Fraktion werde den Gesetzentwurf ablehnen.

Theo Kruse (CDU) sagt, nach Auffassung seiner Fraktion habe die Anhörung die Bedenken der Oppositionsfractionen nicht belegt. Das vorliegende Gesetz werde ein weiterer Schritt zum Bürokratieabbau in Nordrhein-Westfalen sein. Die in der Modellregion erprobte Praxis sollte auf das ganze Land umgesetzt werden.

Vor dem Hintergrund bitte er um Zustimmung zum Gesetzentwurf der Landesregierung.

Horst Engel (FDP) lässt verlauten, entscheidend sei das Ergebnis. Ziel dieses Gesetzes sei es insbesondere, die Verfahrensdauer zu verkürzen. In der Stellungnahme 14/692 der Vereinigung der Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterrinnen des Landes Nordrhein-Westfalen vom 13. November 2006 stehe zu dem Argument, dass sich die Verfahrensdauer verlängere:

„Dies trifft aufgrund der bisher gewonnenen Erfahrungen nicht zu. Vielmehr sind im Zuständigkeitsbereich des Verwaltungsgerichts Minden, in dem bekanntlich seit längerer Zeit im Rahmen des Modellversuchs Ostwestfalen-Lippe Widerspruchsverfahren u. a. im Baurecht nicht mehr stattfinden, trotz gesteigener Eingangszahlen in diesem Bereich die durchschnittlichen Verfahrenslaufzeiten in Klageverfahren weiter deutlich verkürzt worden.“

Vor dem Hintergrund bitte er um Zustimmung zum Gesetzentwurf der Landesregierung.

Monika Düker (GRÜNE) weist darauf hin, dass laut Tagesordnung der Änderungsantrag nicht zur Abstimmung stehe. - **Vorsitzender Winfried Schittges** merkt an, dass Änderungsanträge nie aufgeführt würden. Nichtsdestotrotz bitte er die Landtagsverwaltung um eine Klärung im Nachgang.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfractionen stimmt der Ausschuss dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen stimmt der Ausschuss dem geänderten Gesetzentwurf der Landesregierung zu.

7 Zukunft für die Demokratie - Kinder und Jugendliche stärker beteiligen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2871

Abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum

Vorsitzender Winfried Schittges teilt mit, das Plenum habe den Antrag am 15. November 2006 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Generationen, Familie und Integration sowie zur Mitberatung unter anderem an den Innenausschuss überwiesen.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion sowie gegen die Stimme der Grünen-Fraktion empfiehlt der - mitberatende - Innenausschuss dem - federführenden - Ausschuss für Generationen, Familie und Integration, den Antrag abzulehnen.

8 Gesundheit stärken - Nichtraucherschutz verbessern und Prävention der Nikotinabhängigkeit ausbauen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2877

Abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum

Vorsitzender Winfried Schittges teilt mit, der Antrag sei durch das Plenum am 16. November 2006 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie zur Mitberatung unter anderem an den Innenausschuss überwiesen worden. Zu dem Antrag sei gestern die Vorlage 14/838 des Gesundheitsministeriums an alle Abgeordneten verteilt worden, die den aktuellen Sachstand wiedergebe und anrege, zunächst die Ergebnisse der Arbeitsgruppen abzuwarten und im Rahmen der dann für die Länder festgestellten Regelungskompetenz zu handeln. Er schlage daher vor, die Beratung zu vertagen. - Der Ausschuss ist damit einverstanden.

